

Vereinigtes Königreich

Birgit Bujard

Zu Beginn des Jahres 2013 hatte der britische Premierminister David Cameron in einer lang erwarteten Grundsatzrede die Durchführung eines sogenannten In/Out-Referendums über die britische EU-Mitgliedschaft für das Jahr 2017 in Aussicht gestellt. Dieses sollte nach einer Neuverhandlung der britischen Beziehung zur EU erfolgen. Damit hatte er sich ein Abflauen der vor allem in seiner Partei kontrovers geführten Debatte über die Rolle Großbritanniens in Europa erhofft. Stattdessen sorgten jedoch insbesondere die im Mai 2014 anstehenden Europawahlen, bei denen der United Kingdom Independence Party (Ukip) gute Chancen auf einen weiteren Stimmenzuwachs prognostiziert wurde, für große Unruhe und weitere Diskussionen über Großbritanniens Beziehung zu Europa.

Ein Volksentscheid über die EU-Mitgliedschaft

Das von den Konservativen im Jahr 2013 angestrebte Referendumsgesetz, welches die Durchführung eines In/Out-Referendums bis Ende 2017 gesetzlich sicherstellen sollte, hatte Anfang Juli 2013 die erste größere Hürde im Gesetzgebungsprozess überwunden. Bei der zweiten Lesung im Unterhaus hatten sich die Befürworter des Gesetzes mit einem eindeutigen Abstimmungsergebnis von 304 zu 0 Stimmen durchgesetzt. Dies war vor allem deshalb der Fall gewesen, da die Parteiführungen der Liberaldemokraten und der Labour Partei die Abstimmung boykottiert hatten. Bis auf einige wenige Abgeordnete hatten sie sich enthalten. Sechs Labour MPs hatten gegen die offizielle Parteilinie rebelliert und an der Seite der Konservativen für das Gesetzesvorhaben gestimmt.¹ Trotz des eindeutigen Abstimmungsergebnisses in der zweiten Lesung standen die Zeichen für den Gesetzesentwurf vergleichsweise schlecht, da er nicht von der Regierung eingebracht worden war. Der kleinere Koalitionspartner, die Liberaldemokraten, hatte ihm nicht zugestimmt. Daher hatte sich die konservative Parteiführung gezwungen gesehen, den Entwurf als sogenannten Private Members Bill (PMB) in das Parlament einzubringen. Da für PMBs weniger Zeit im Parlament zur Verfügung steht als für Regierungsentwürfe, waren die Erfolgsaussichten, den Gesetzesentwurf in der vorgeschriebenen Zeit durch das Parlament zu bringen, von Beginn an begrenzt.

Ende Januar 2014 scheiterte das Gesetzesvorhaben schließlich an der Opposition der Liberaldemokraten und der Labour Partei im Oberhaus. David Cameron drohte daraufhin damit, ein solches Referendumsgesetz mit Hilfe eines Parliament Acts durchzusetzen. Auf dessen Basis hat das Unterhaus die Möglichkeit, das Oberhaus gegebenenfalls zu überstimmen. Im Juni 2014 erklärte der konservative Abgeordnete Robert Neill, er werde einen weiteren Gesetzesentwurf zur Festschreibung eines Referendums ins Parlament einbringen. Neill war bei der Auslosung der Abgeordneten, die im Parlamentsjahr 2014-15 einen Private Members Bill einbringen durften, auf den dritten Platz gelangt.²

1 Vgl. Andrew Grice: MPs back bill for referendum on EU withdrawal, in: The Independent, 06.07.2013.

Trotz des Versuches die Durchführung eines Volksentscheids über die weitere EU-Mitgliedschaft gesetzlich festzuschreiben, gelang es der konservativen Parteiführung nicht, die eigenen Hinterbänkler vollständig zu beruhigen. So sandten beispielsweise im Januar 2014 95 von ihnen einen Brief an den Premierminister und forderten eine Gesetzesänderung, damit das britische Parlament in Zukunft ein Veto bei EU-Gesetzgebung einlegen könne. Mit der Begründung, die Funktionsfähigkeit des Binnenmarkts werde gefährdet, wenn nationale Parlamente unilateral entscheiden könnten, welche EU-Gesetze sie befolgen wollten und welche nicht, lehnte der konservative Teil der Regierung mit Unterstützung des liberaldemokratischen Koalitionspartners diese Forderung ab. Allerdings verwies der konservative Außenminister William Hague darauf, dass die Parteiführung im Rahmen der geplanten Neuverhandlung der britischen EU-Beziehungen auch vorhabe durchzusetzen, dass nationale Parlamente gemeinsam EU-Gesetze stoppen könnten und so weitergehende Mitwirkungsrechte erhielten als derzeit im Lissabonner Vertrag vorgesehen.³

In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 wurden die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern in der Frage der Beziehung Großbritanniens zur EU noch offensichtlicher. Der liberaldemokratische Parteichef Nick Clegg rief im Herbst britische Wirtschaftsführer dazu auf, gegen den rechten Flügel der Konservativen und Ukip Position zu beziehen. Diese, so Clegg, wollten „ökonomischen Selbstmord“ begehen, indem sie Großbritannien aus der EU herauslösten. Clegg befürwortete zwar ebenfalls ein Referendum über die Mitgliedschaft in der EU – allerdings nur, wenn im Rahmen einer Vertragsänderung weitere Kompetenzen von London an Brüssel übertragen würden.⁴

Der Labour Parteivorsitzende Ed Miliband hatte es lange vermieden, sich in der Frage eines EU-Referendums festzulegen. Im März 2014 erläuterte er schließlich die Position seiner Partei dazu. Er erklärte, dass Labour ein Referendum durchführen werde, wenn in einem neuen EU-Vertrag weitere staatliche Kompetenzen an die europäische Ebene abgegeben werden sollten. Da er aber zugleich betonte, dass er eine solche Entwicklung in der nächsten Zeit für unwahrscheinlich hielt, schloss er faktisch die Möglichkeit aus, dass dies in der nächsten Legislaturperiode geschehen würde.⁵ In einem begleitenden Artikel in der *Financial Times* erklärte Miliband zudem, dass eine Labour Regierung ebenfalls das Ziel haben werde, die EU zu reformieren. Im Gegensatz zu den Konservativen könne man dafür allerdings sofort strategische Partner in der EU suchen ungehindert von innerparteilichen Differenzen und der Notwendigkeit einen neuen EU-Vertrag bis 2017 aushandeln zu müssen.⁶

EU-Reform

Parallel zu den Bemühungen innenpolitisch die Durchführung eines Volksentscheids sicherzustellen, versuchte Premierminister Cameron verstärkt zu Beginn des Jahres 2014 Allianzen mit anderen europäischen Staaten zu bilden, um die von den Konservativen geplante EU-Reform, die eine Neuordnung der britischen Beziehung zur EU ermöglichen sollte, vor-

2 Vgl. Nicholas Winning: U.K. Cameron's party Pushes Again for Referendum Bill, *Wall Street Journal* online, 12.06.2014.

3 Vgl. Nicholas Watt: Clegg unites with No. 10 to block push for EU veto, in: *The Guardian*, 13.01.2014.

4 Vgl. George Parker: Lib Dem leader urges business chiefs to stand up to Tory right, in: *Financial Times*, 19.10.2013.

5 Vgl. Jim Pickard, Elisabeth Rigby: Business divided after Ed Miliband rules out EU referendum, *FT.com*, 12.03.2014.

6 Vgl. Ed Miliband: Europe needs reform but Britain belongs at its heart, in: *Financial Times*, 12.03.2014.

anzutreiben. Die Hoffnung, weitreichende Reformen im Zusammenhang mit Vertragsänderungen zur weiteren Organisation der Eurozone zu erreichen, wurde allerdings bereits im Januar 2014 von Frankreichs Präsident François Hollande enttäuscht. Dieser erläuterte auf einem bilateralen Gipfel im britischen Brize Norton, dass eine Änderung der europäischen Verträge für Frankreich keine Priorität habe.⁷ Im Februar 2014 hatte Cameron den niederländischen Premierminister Mark Rutte zu Gesprächen auf seinen Landsitz Chequers eingeladen. Von diesem erhoffte er sich Unterstützung bei der Repatriierung staatlicher Kompetenzen.⁸ Noch größer war der Empfang, der der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Woche später bereitet wurde, die in Westminster vor beiden Parlamentskammern sprechen durfte. Zwar signalisierte Merkel in ihrer Rede, dass auch Deutschland Reformen der EU wolle. Ansonsten blieb sie aber vage in ihren Aussagen.⁹

Auch der konservative Teil der Regierung vermied es, im Detail zu erläutern, welche Reformagenda sie im Hinblick auf die EU hatte. Im März 2014 publizierte der Sunday Telegraph einen Artikel des Premierministers, in dem dieser seine Forderungen spezifizierte. Cameron führte sieben Punkte auf, die er als Prioritäten Großbritanniens bei einer EU-Reform identifizierte. Zum ersten sollten staatliche Kompetenzen nicht nur immer an Brüssel abgegeben, es sollten auch wieder welche an die Nationalstaaten zurückgegeben werden können. Zum zweiten sollten nationale Parlamente die Möglichkeit erhalten, gemeinsam unerwünschte europäische Gesetzgebung zu stoppen. Zum dritten sollte die Wirtschaft weniger bürokratischen Zwängen unterliegen und es sollte die Möglichkeit geben, den Freihandel mit Nordamerika und Asien voranzutreiben. Britische Polizeikräfte und die Justiz sollten viertens in der Lage sein, britische Bürger frei von unnötigen Eingriffen durch europäische Institutionen (zu denen Cameron auch den gar nicht zur EU gehörenden Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zählte) zu schützen. Fünftens sollten sich EU-Bürger auf dem europäischen Arbeitsmarkt frei bewegen können, allerdings nicht ungehindert überall wohlfahrtsstaatliche Leistungen nutzen dürfen. Sechstens, so erläuterte der Premierminister, unterstütze Großbritannien die weitere Aufnahme neuer Mitglieder in die EU. Allerdings sollte damit die Entwicklung von Mechanismen einhergehen, die sicherstellten, dass es infolge dessen nicht zu großen Migrationsbewegungen innerhalb der EU komme. Zuletzt nannte Cameron die Forderung, dass das Konzept der Bildung einer „immer engeren Union“ nicht länger für Großbritannien gelten solle.¹⁰

Einwanderungspolitik

Zwar war das Thema Einwanderung seit Längerem eine Priorität der britischen Öffentlichkeit, doch hatten die politischen Eliten versucht das Thema möglichst zu umgehen. Im Zuge der anstehenden Einführung der uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger aus Bulgarien und Rumänien zu Beginn des Jahres 2014 ließ sich diese Strategie jedoch nicht mehr verfolgen. Noch zu Oppositionszeiten hatten die Konservativen angekündigt, eine von ihnen geführte Regierung werde bis zur Parlamentswahl 2015 die Netto-Migration (Immigration minus Emigration) auf etwa 100.000 Personen reduzieren.¹¹

7 Vgl. Nicholas Watt: No 10 lays plans to overrule Lords on EU referendum, in: The Guardian, 01.02.2014.

8 Vgl. Kiran Stacey: Cameron begins EU offensive, in: Financial Times, 22.02.2014.

9 Vgl. Jochen Buchsteiner: Kanzlerin Jein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.2014.

10 Vgl. David Cameron: More trade, less migration, that's the Europe we should vote for, in: The Sunday Telegraph, 16.03.2014.

Im Herbst 2013 wurde bekannt, dass die Konservativen ein Einwanderungsgesetz planten, mit dem Lücken in der europäischen Gesetzgebung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit geschlossen werden sollten, um „Sozialtourismus“ und höhere Kosten für den National Health Service (NHS) in Großbritannien zu verhindern.¹² Die EU-Kommission veröffentlichte daraufhin einen Bericht, in dem sie aufzeigte, dass von allen Arbeitslosen, die in Großbritannien im Jahre 2011 Unterstützung beantragt hatten, weniger als drei Prozent Bürger aus dem EU-Ausland waren.¹³

In einem Beitrag für die *Financial Times* am 27. November 2013 befasste sich auch Premierminister David Cameron mit dem Thema. Den Verzicht der vorangegangenen Labour-Regierung im Jahr 2004 mögliche Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit von EU-Bürgern aus den mittel- und osteuropäischen Ländern einzuführen, nannte er einen Fehler. Cameron argumentierte, diese Entscheidung habe zu einer massiven Migrationswelle und einem Zuzug von einer Millionen Menschen aus diesen Ländern ins Königreich geführt. Um dem Problem im Hinblick auf die Bürger aus Rumänien und Bulgarien zu begegnen, habe seine Regierung die von Labour auf fünf Jahre festgelegten Übergangsregelungen auf die maximale Höhe von insgesamt sieben Jahren verlängert. Ab Januar 2014 werde die Regierung, so Cameron, weitere Maßnahmen durchsetzen. Ausländer, die neu nach Großbritannien kämen, würden in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Danach würden diese nur noch für sechs Monate gezahlt, außer der Antragsteller könne nachweisen, dass er einen Arbeitsplatz in Aussicht habe. Auch werde es für EU-Bürger anderer Länder kein Wohngeld geben. EU-Ausländer, die als Obdachlose oder Bettler aufgegriffen werden, würden ausgewiesen und mit einer einjährigen Einreisesperre belegt, sofern sie nicht nachweisen könnten, dass sie einen regulären Arbeitsplatz in Aussicht hätten. Der Premierminister verwies in seinem Beitrag auch darauf, dass er nicht nur speziell für Großbritannien geltende Regelungen durchsetzen wolle. Stattdessen sei Einwanderungspolitik einer der Bereiche, die er EU-weit reformieren wolle. Zwar sei die Arbeitnehmerfreizügigkeit ein zentrales Prinzip der EU. Man dürfe es aber nicht unkontrolliert lassen. Seine Regierung, so Cameron, werde daran arbeiten, dieses Prinzip „auf eine vernünftiger Basis zu stellen“. Das Gleiche gelte für die Sozialpolitik. So solle die Möglichkeit zum freien Personenverkehr in der EU nicht dafür genutzt werden, um Kindergeld zu exportieren. Um die EU auch für weitere Erweiterungsrounden fit zu machen, sei es geboten, neue Übergangsregelungen zur uneingeschränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit für Neumitglieder zu schaffen, so der Premier.¹⁴

Diese Positionierung des konservativen Regierungschefs führte zu weiteren Spannungen innerhalb der Koalition. So kritisierte beispielsweise der liberaldemokratische Wirtschaftsminister Vince Cable die von Cameron am Ende eines zweitägigen Gipfeltreffens in Brüssel geäußerte Drohung, Großbritannien werde keiner weiteren EU-Erweiterung zustimmen, sofern sich die anderen Mitgliedstaaten nicht bereit erklärten, die Regelungen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit zu reformieren, um große Migrationsbewegungen zu verhindern.¹⁵

11 Vgl. Nigel Morris: Cameron insists he will cut net migration – but latest figures suggest otherwise, in: *The Independent*, 23.05.2014.

12 Vgl. George Parker: Cameron pledges to resist ‘ever-closer’ EU ties, in: *Financial Times*, 30.09.2013.

13 Vgl. James Fontanella-Khan, George Parker: Brussels disputes UK claims of ‘benefit tourism’, *FT.com*, 14.10.2013.

14 Vgl. David Cameron: Free movement within Europe needs to be less free, in: *Financial Times*, 27.11.2013.

Auch innerhalb der konservativen Partei stieß das Vorgehen des Parteivorsitzenden auf Kritik. So verwies beispielsweise der ehemalige Schatzkanzler Kenneth Clarke im Januar 2014 darauf, dass Migranten einen wichtigen Beitrag zur britischen Wirtschaft leisteten und stellte infrage, dass die EU verantwortlich sei für inakzeptable Migrationswellen.¹⁶

Zudem gab es erneute Auseinandersetzungen mit den konservativen Hinterbänklern. Ende Januar brachte ein Änderungsantrag zum Einwanderungsgesetz der Regierung die Parteiführung ein weiteres Mal unter Druck. Der Änderungsantrag des konservativen Abgeordneten Dominic Raab sah vor, dass sich kriminelle Ausländer nicht auf Artikel 8 der Europäischen Konvention für Menschenrechte zur Vermeidung der eigenen Deportation berufen dürften. Der Artikel gewährleistet das Recht auf Achtung des Familienlebens eines Individuums. Aus Sicht der Regierung wäre ein solches Verbot illegal. Der Parteiführung gelang es allerdings nicht, die eigenen Hinterbänkler davon zu überzeugen und so enthielten sich die konservativen Regierungsmitglieder bei der Abstimmung. Diese gewann die Regierung nur deshalb, weil Liberaldemokraten und Labour Partei ebenfalls gegen den Gesetzesantrag stimmten.¹⁷

Im Mai 2014 veröffentlichte das Office for National Statistics (ONS) Daten, die belegen, dass die Netto-Migration im letzten Quartal 2013 mit 212.000 stabil geblieben war und sich im Vergleich zum vorangegangenen Quartal nicht erhöht hatte. Dennoch lag sie noch immer wesentlich höher als die Konservativen geplant hatten. Zudem ließen die vom ONS veröffentlichten Zahlen erkennen, dass der erwartete große Migrationsschub aus Rumänien und Bulgarien seit dem 1. Januar 2014 ausgeblieben war. Stattdessen waren viele Migranten aus den krisengeschüttelten südeuropäischen Ländern Griechenland, Spanien, Portugal und Italien sowie aus Polen gekommen.¹⁸

Balance of Competences Review

Im Juli 2013 veröffentlichte die Regierung ihre ersten Berichte als Bestandteil einer bereits 2012 angekündigten umfassenden Überprüfung der Kompetenzverteilung zwischen Großbritannien und EU. Drei weitere Berichtsrunden sollten noch folgen, bis zum Abschluss des Projekts im Herbst 2014. Fokus der Studien war die Frage nach den Vorteilen des europäischen Binnenmarkts für die britische Wirtschaft. Die sechs Berichte von Juli 2013 befassten sich unter anderem mit Themen wie dem Binnenmarkt, sowie Steuer- und Außenpolitik. Während einige europäische Regelungen wie etwa die Arbeitszeitrichtlinie kritisiert wurden, war das Fazit der Studien dennoch, dass die Kompetenzverteilung im Großen und Ganzen korrekt sei. Dies ließ die Vermutung aufkommen, dass die Studien dem Premierminister für die Neuverhandlung der britischen Beziehung zur EU nur wenige Argumente liefern würden.¹⁹ Im Februar 2014 veröffentlichte die Regierung weitere Berichte über die Kompetenzverteilung zwischen Großbritannien und EU. Diesmal betraf sie unter anderem

15 Vgl. George Parker: David Cameron threatens to veto future EU enlargements, FT.com, 20.12.2013; Helen Warrell: Clegg hardens pro-Brussels stance, in: Financial Times, 23.12.2013.

16 Vgl. George Parker, Jim Pickard: Clarke rejects talk of ‚vast migration‘, FT.com, 12.01.2014.

17 Vgl. George Parker, Helen Warrell: David Cameron hauls up white flag in battle with eurosceptics, FT.com, 30.01.2014.

18 Vgl. Alan Travis: Net migration stable in 2013 but still double Tories‘ target, in: The Guardian, 23.05.2014.

19 Vgl. Kiran Stacey, Elizabeth Rigby: Cameron’s case for renegotiation relations with Brussels undermined, in: Financial Times, 23.07.2013.

Handel und den freien Warenverkehr. Auch hier war das Fazit, dass die Machtverteilung zwischen EU und nationaler Ebene im Großen und Ganzen ausgeglichen sei.²⁰

Die Europawahl

Die für Mai 2014 anstehenden Europawahlen warfen zumindest in der medialen Berichterstattung in Großbritannien bereits lange Schatten voraus. Dies lag vor allem daran, dass erwartet wurde, dass die europaskeptische Ukip ihr Wahlergebnis der Europawahl von 2009 von 16,5 % würde ausbauen können. So berichtete beispielsweise bereits im Januar 2014 die *Financial Times* von Umfragen, denen zufolge Ukip als Sieger aus der Europawahl oder zumindest mit mehr Stimmen als die Konservativen hervorgehen könnte.²¹

Die zentrale Wahlkampfthese von Ukip für die Europawahl, die mit einer Kommunalwahl zusammenfiel, war, dass britische Kommunen von Migranten überrannt würden. Die Regierung könne dagegen jedoch solange nichts tun, wie Großbritannien Mitglied der EU sei – eine Mitgliedschaft, die Ukip durch ein Referendum beenden werde.²² Die Reaktion der Regierungsparteien auf Ukip war unterschiedlich. Während die Konservativen insbesondere im Bereich der Einwanderungspolitik harte Töne anschlugen, entschieden sich die Liberaldemokraten unter der Führung Nick Cleggs dazu, sich explizit als Partei für Europa zu präsentieren und ihre pro-europäische Ausrichtung – anders als in der Vergangenheit – herauszustellen.²³ Auch war Clegg der einzige Parteivorsitzende, der sich bereit erklärte, in zwei Fernsehdebatten mit Ukip-Parteichef Nigel Farage über Europa zu diskutieren. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov nach der ersten Debatte ergab jedoch, dass 57% der Befragten Farage für überzeugender hielten, während nur 36% dies über Clegg sagten.²⁴ Die zentrale Wahlkampf aussage der Konservativen für diese Europawahl war, dass sie die einzige Partei sei, die der Bevölkerung ein Mitspracherecht in Bezug auf Großbritanniens Rolle in Europa in Form eines In/Out-Referendums gebe. Die Liberaldemokraten und Labour wollten dies nicht und Ukip könne es nicht, so die Tories. Demgegenüber konzentrierte Labour seinen Wahlkampf auf das Thema Lebenshaltungskosten mit dem Versprechen Labour MEPs würden sich dafür einsetzen, dass Großbritannien die EU nicht verlasse, diese jedoch reformiert werde, um infolge mehr Wachstum und eine Erhöhung des Lebensstandards britischer Bürger zu erreichen.²⁵ Erst spät in der Kampagne griff Labour ebenfalls das Thema Einwanderungspolitik mit dem Hinweis auf, die Partei habe in diesem Bereich die Sorgen der Bürger zu häufig ignoriert, wolle aber auch nicht in Isolationspolitik verfallen.²⁶

Das britische Wahlergebnis bei der Europawahl fiel für alle etablierten Parteien ernüchternd aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 34,2% wurde Ukip die stärkste Kraft mit 27,5% (24 MEPs). An zweite Stelle gelangte Labour mit 25,4% (20 MEPs). Die Konservativen

20 Vgl. George Parker: Whitehall studies see benefits of Europe, in: *Financial Times*, 13.02.2014.

21 Vgl. George Parker, Jim Pickard: UKIP puts pressure on Tories in Europe, in: *Financial Times*, 17.01.2014.

22 Vgl. Patrick Wintour: Ukip's manifesto: immigration, Europe and that's it...for now, in: *The Guardian*, 21.05.2014

23 Vgl. George Parker, Jim Pickard: Ukip puts pressure on Tories in Europe, in: *Financial Times*, 17.01.2014.

24 Der Rest der Befragten war unentschieden, vgl. William Jordan: Poll: Farage tops Clegg in first EU debate, 26.03.2014, <http://yougov.co.uk/news/2014/03/26/Nigel-Farage-performed-better-first-eu-debate/>.

25 Vgl. Andrew Grice: Please come home, Cameron tells Tories defecting to UKIP, in: *The Independent*, 02.05.2014.

26 Vgl. Patrick Wintour: Migration fears are not prejudice says Miliband, in: *The Guardian*, 17.05.2014.

erreichten etwas weniger mit 23,9% (19 MEPs). Desaströs war das Wahlergebnis für die Liberaldemokraten, die von 11 Mandaten im Europaparlament alle bis auf eines verloren und nur 6,9% der Stimmen erhielten.²⁷ Zum ersten Mal seit mehr als 100 Jahren erhielten bei einer landesweiten Wahl in Großbritannien weder Konservative noch Labour die meisten Stimmen.²⁸ Mit diesem Wahlergebnis befand sich Großbritannien allerdings nicht abseits allgemeiner europäischer Entwicklungen, hatten auch andere EU-Staaten einen Stimmenzuwachs europaskeptischer Parteien zu verzeichnen.

Nach der Europawahl zeigten sich die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die britische Verhandlungsposition in Europa. Beim ersten Gipfeltreffen unmittelbar nach der Wahl forderte Cameron die anderen Staats- und Regierungschefs dazu auf, die EU zu reformieren. Das Wahlergebnis habe gezeigt, dass man nicht so weiter machen könne wie bisher. Die EU solle sich auf Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren. Sie solle nur wo nötig aktiv werden und ansonsten die Nationalstaaten die notwendigen Aufgaben erfüllen lassen, so der Premierminister.²⁹

Zugleich erklärte Cameron seine Ablehnung einer Nominierung Jean-Claude Junckers zum neuen Kommissionspräsidenten, den er als Repräsentanten einer gestrigen EU-Elite ansah. Aus Sicht des Premierministers würde die Berufung des EVP-Spitzenkandidaten zudem eine Machtverschiebung zwischen den europäischen Institutionen nach sich ziehen und den Einfluss des Europäischen Parlaments erhöhen. Doch sei es nach wie vor in der Verantwortung der Staats- und Regierungschefs, den besten Kandidaten auszuwählen anstatt einem neuen Auswahlprozess zu folgen, der so nicht vereinbart worden sei, so Cameron.³⁰ Des Weiteren glaubte zumindest der konservative Teil der britischen Regierung, dass mit Juncker als Kommissionspräsidenten die anvisierte Neuverhandlung der britischen Beziehungen zur EU erschwert werde.³¹ Überhaupt lehnten die Konservativen das Prinzip eines Spitzenkandidaten ab, welches bei dieser Wahl zum ersten Mal zum Tragen gekommen war. So hatte die ECR-Fraktion im Europaparlament, der die britischen Konservativen angehörten, davon abgesehen einen eigenen Kandidaten aufzustellen mit der Begründung, dass es weder eine rechtliche Grundlage noch öffentliche Unterstützung für ein solches Vorgehen gäbe.³² Die Labour Partei hatte dies ähnlich gesehen und den sozialdemokratischen Kandidaten Martin Schulz nicht unterstützt und ihn gebeten, nicht in Großbritannien Wahlkampf zu machen.³³ Während Camerons Ablehnung Junckers in Großbritannien also weitgehend geteilt wurde, wurde jedoch sein zunehmend kompromissloses Auftreten in der Sache insbesondere auch von den Medien als falsche Verhandlungsstrategie kritisiert.³⁴

27 Vgl. UK European election results, <http://www.bbc.co.uk/news/events/vote2014/eu-uk-results>.

28 Vgl. Daniel Boffey: Miliband must get tough on EU migrants, demand MPs, in: *The Observer*, 01.06.2014.

29 Vgl. Ian Traynor: After rocky elections, EU leaders set for battle over head of commission, in: *The Guardian*, 28.05.2014.

30 Vgl. Nicholas Watt: Cameron steps up drive against Juncker, in: *The Guardian*, 10.06.2014.

31 Vgl. Peter Dominiczak, Bruno Waterfield: Downbeat Cameron will fight Juncker 'to the end', in: *The Daily Telegraph*, 18.06.2014.

32 Vgl. Europawahl ohne Spitzenkandidat, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.02.2014.

33 Vgl. Ian Traynor: European Commission: Cameron rebuked for denying Britain a say in selection of EU's top job, in: *The Guardian*, 08.05.2014.

34 Siehe beispielsweise Andrew Rawnsley: Why Cameron is right in his bid to junk Mr Juncker, in: *The Observer*, 08.06.2014.

Zunächst sah es allerdings danach aus, als habe Cameron bei seinem Anliegen Junckers Nominierung zu verhindern, einige Unterstützer unter den Staats- und Regierungschefs wie etwa die deutsche Bundeskanzlerin. Doch nachdem Angela Merkel sich infolge innenpolitischen Drucks für Juncker ausgesprochen hatte, wechselten die Juncker-Skeptiker im Europäischen Rat nach und nach die Seiten. Cameron wiederum begab sich auf Konfrontationskurs.³⁵ Beim Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 27. Juni 2014 in Brüssel wurde schließlich über die Personalie des Kommissionspräsidenten per Mehrheitsvotum entschieden – ein Vorgehen, welches die meisten Mitglieder des Europäischen Rats hatten vermeiden wollen. 26 von 28 Staats- und Regierungschefs stimmten für eine Nominierung von Jean-Claude Juncker. Der britische Premierminister wurde nur von seinem ungarischen Amtskollegen Victor Orbán unterstützt. Cameron zufolge sei das Votum schlecht für Großbritannien und Europa und nicht die richtige Antwort auf das Ergebnis der Europawahl. Auch gab er zu Protokoll, dass der Ausgang dieser Personaldebatte in Großbritannien vor allem die Kräfte stärken werde, die die EU verlassen wollten.³⁶

Ausblick

Im Hinblick auf die Pläne der Konservativen im Falle einer Wiederwahl im Mai 2015 die Beziehung Großbritanniens zur EU neu zu verhandeln, stellt sich die Frage, ob die Partei genug Zeit haben wird, dies zu tun. Die Konservativen müssen der Bevölkerung bis zur nächsten Parlamentswahl im Mai 2015 erfolgreich vermitteln, dass sie eine solche Neuverhandlung bis 2017 realisieren können. Zugleich kann Cameron noch nicht im Detail sagen, welche Ziele er bei der Neuverhandlung erreichen will, wenn er im Rahmen der Verhandlungen mit den anderen EU-Staaten flexibel sein möchte. Zudem ist zu erwarten, dass ein expliziter Forderungskatalog den extremen Euroskeptikern in Camerons Fraktion unabhängig von dessen Inhalt nicht ausreichen wird und sie immer noch mehr fordern werden. Camerons wenig kompromissbereite Haltung in der Personaldebatte um den Kommissionspräsidenten war nicht dazu geeignet, neue strategische Partner unter den EU-Mitgliedern zu finden und hat sein eigenes Bemühen in dieser Hinsicht von Anfang des Jahres konterkariert. Solche Partner braucht er allerdings, wenn er erfolgreich die EU reformieren möchte. Camerons Weigerung in der Personaldebatte einen Kompromiss einzugehen – eine Strategie, mit der er dennoch die Nominierung Junckers nicht verhindern konnte – wirft zudem die Frage auf, ob er damit der britischen Bevölkerung den Eindruck vermitteln kann, der Politiker zu sein, der erfolgreich die Beziehung Großbritanniens zu Europa neuverhandeln kann.

Weiterführende Literatur

Roger Liddle: *The Europe Dilemma, Britain and the Drama of EU Integration*, London 2014.

35 Vgl. Volker Caspary: Mit Anlauf in die Niederlage, Spiegel Online, 24.06.2014.

36 Vgl. Jean-Claude Juncker zum Kommissionspräsidenten nominiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.06.2014.